

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Sonntag: Monats-Bezugspreis 1,20 M., 3 Monate 3,60 M., 6 Monate 6,00 M., 1 Jahr 10,00 M. (Postgebühren inbegriffen). Einzelhefte 2,15 M., 10 Hefte 20,00 M., 20 Hefte 38,00 M., 30 Hefte 54,00 M., 40 Hefte 68,00 M., 50 Hefte 80,00 M., 60 Hefte 90,00 M., 70 Hefte 100,00 M., 80 Hefte 110,00 M., 90 Hefte 120,00 M., 100 Hefte 130,00 M. (Postgebühren inbegriffen). Druck- und Verlagsanstalt: C. G. Koberger (Jnh. Ernst Koberger jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Th. Baare, zurzeit in Frankenberg.

Abdruckgebühr: 1 Zeile (100 Buchstaben) für 20 Tage 2,00 M., für 30 Tage 2,50 M., für 40 Tage 3,00 M., für 50 Tage 3,50 M., für 60 Tage 4,00 M., für 70 Tage 4,50 M., für 80 Tage 5,00 M., für 90 Tage 5,50 M., für 100 Tage 6,00 M. (Postgebühren inbegriffen). Abdruck von Anzeigen: 1 Zeile (100 Buchstaben) für 20 Tage 2,00 M., für 30 Tage 2,50 M., für 40 Tage 3,00 M., für 50 Tage 3,50 M., für 60 Tage 4,00 M., für 70 Tage 4,50 M., für 80 Tage 5,00 M., für 90 Tage 5,50 M., für 100 Tage 6,00 M. (Postgebühren inbegriffen).

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zittau, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt. Druck- und Verlag: C. G. Koberger (Jnh. Ernst Koberger jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Th. Baare, zurzeit in Frankenberg.

Nr. 191

Donnerstag den 16. August 1928 nachmittags

87. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

Reichstagsfraktion und Parteiauslöschung der SPD. sind für Sonnabend in Berlin zu einer gemeinsamen Sitzung zur Stellungnahme in der Panzerfliffsfrage zusammenberufen worden.
Reichsaussenminister Dr. Stresemann leitet Anfang nächster Woche nach Berlin zurück, erst dann wird entschieden werden, ob Dr. Stresemann zur Unterzeichnung des Kelloggpatentes nach Paris fahren wird.
Nach dem Stapellauf der „Europa“ fand am Mittwochabend ein feierlicher Empfang in Hamburg statt.
Die herrlichen Hebereste des Großherzogs Friedrich von Baden sind am Mittwochabend von Badenweiler nach Karlsruhe überführt worden.
Bei der Besetzung des Zweibrückener Flaggenschiffes handelt es sich in der Hauptsache um die Regelung technischer Fragen, nachdem die politische Seite der Angelegenheit in den Besprechungen zwischen Briand und v. Sösch geflärt worden war.
Der Weltverkehrsminister Otto Remmerich, der Dienstag früh in Pillau startete, ging am Mittwochabend 22,15 Uhr in Joppot aus dem Wasser, nachdem er 48 Stunden 15 Minuten geschwommen war.
Präsident Coolidge äußerte sich in einer neuen Rede über nationale Verteidigung und Abrüstung.
Für den 1. Januar 1929 ist eine Nationalversammlung des gesamten China einberufen worden.
Die Republik Costa Rica hat durch eine Aufruf an den Völkerbund eine Krise der amtlichen Auffassung über das System der Monroe-Doktrin herbeigeführt.
Der schwedische Schwimmer Arne Borg hat bei einem neuen Schwimmversuch über 400 Meter den olympischen Rekord verbessert.

Deutschlands größtes Schiff

Ein neues Band mit Amerika

Der Stapellauf der „Europa“
Hamburg, 15. 8. Am Mittwoch nachmittags lief auf der West von Blohm & Voß der Turbinenschiffdampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd vom Stapel. Die „Europa“, ein der beiden neuen Riesenschiffe von je 46.000 Bruttoregistertonnen, die der Norddeutsche Lloyd für seinen Dienst Bremen—Newport in Auftrag gab und die nach ihrer Indienststellung im Frühjahr 1929 die besten und schnellsten Schiffe der Welt sein werden. Der Hamburger Hafen bot in den ersten Nachmittagsstunden ein außerordentlich belebtes Bild. Anzählige Dampfer und Barkassen brachten Tausende nach der Werft, die Zeugen des Stapellaufes des zur Zeit größten deutschen Dampfers sein wollten. Bei dem Stapellauf war der Hamburgische Senat durch Bürgermeister Noh und mehrere Senatoren vertreten. Ferner waren führende Persönlichkeiten des Hamburger und des Bremer Wirtschaftslebens anwesend. Der amerikanische Botschafter Dr. Schurmann ergriff das Wort zur Taufrede. Im Anschluß daran trat die Tochter des Lloyd-Direktors Giffel, Fräulein Ines, an die Widmung der Ranzel und vollzog die Taufe mit den Worten: „Ich taufe dich „Europa“. Auch wurde zerhackte die Flasche Sekt an dem Bug des Riesenschiffes, das sich kurz darauf unter dem Jubel der unerschütterlichen Menschenmenge in Bewegung setzte und majestätisch in sein Element glitt.
Empfang bei Noh und Voß
Hamburg, 15. 8. Nach dem Stapellauf der „Europa“ fand in der Halle des Verwaltungsgedäudes der Werft ein Empfang statt, zu dem u. a. erschienen waren Ministerialdirektor Dr. Haas vom Auswärtigen Amt, Admiral Jentz, der amerikanische Marineattaché Baum, der amerikanische Generalkonsul in Hamburg, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse, Gustav Richter, der Ozeanflieger Hauptmann Köhl mit Gattin, der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeverbände, Präsident Braunweiler, sowie zahlreiche Pressevertreter. Dr. Hermann Blohm begrüßte im Namen der Werft die Gäste. Darauf sprach Lloyd-Direktor Giffel. Er betonte, daß es in der Geschichte des deutschen Schiffbaues wohl ein einzig dastehendes Ereignis sei, daß ein und dieselbe Werft an zwei aufeinanderfolgenden Tagen die beiden zur Zeit größten deutschen Passagierdampfer vom Stapel laufen lasse. Das sei der Schlußstein des von der Norddeutsche Lloyd unter sein Nachkriegsbauprogramm für hochwertige Passagierdampfer zu setzen beabsichtigte. Er schloß mit Worten des Dankes an die Werft.
Präsident Dr. Heinen vom Norddeutschen Lloyd sprach dem amerikanischen Botschafter Schurmann im Namen seiner Werft den Dank dafür aus, daß er die Taufe der „Europa“ übernommen habe. Das sei ein Beweis dafür, daß die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk den tieferen Sinn der durch den Neubau verfolgten Ziele richtig verstanden habe; daß nämlich die für den Nordamerikadienst bestimmte „Europa“ ein neues Mitglied sein solle zwischen der alten und neuen Welt. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die Vereinigten Staaten und ihren Vertreter in Deutschland.
Im Anschluß daran ergriff der amerikanische Botschafter Schurmann das Wort zu einer Dankrede.

Besetzung des Großherzogs von Baden

Badenweiler, 15. 8. Mittwochabend um 9,30 Uhr wurden in Begleitung des Prinzen Berthold von Baden und des Generals v. Pfeil die herrlichen Hebereste des früheren Großherzogs Friedrich II. von Baden von Badenweiler nach Karlsruhe überführt. Nach einer kurzen Trauerandacht, der nur die nächsten Leidtragenden beizuhören, wurde der Sarg aus der Sargkapsel auf das Auto getragen. Vor dem Eingang des Schlosses hatten die Vertreter der Behörden von Badenweiler und Umgegend Aufstellung genommen. Zahlreiche Vereine mit ihren Fahnen und das freiwillige Feuerwehrcorps, hinter denen sich Tausende von Menschen drängten, umhänften mit brennenden Fackeln die Straßen, die der Trauerwagen passierte. Während der Fahrt durch den Ort spielte eine Musikkapelle eine Trauermusik. In den frühen Morgenstunden wird der Kraftwagen mit der Leiche des Großherzogs in Karlsruhe erwartet, wo der Sarg zur Aufbahrung nach der evangelischen Stadtkirche gebracht werden wird.

Ministerpräsident Bartels über die bevorstehende Verfassungsänderung

Warschau, 15. 8. Die halbamtliche „Epoca“ berichtet über eine Unterredung mit dem polnischen Ministerpräsidenten Bartels, der sich gegenwärtig in Marienbad aufhält und in den nächsten Tagen nach Frankreich reisen wird. Bartels wandte sich zunächst gegen die in der polnischen Presse verbreiteten Gerüchte über eine angebliche geheime Abreise von Warschau und erklärte, daß sogar die Möglichkeit vor seiner Abreise noch eine Stunde lang bei ihm gewesen sei. Zur bevorstehenden Verfassungsänderung in Polen, mit deren Plan man sich gegenwärtig in Warschauer polnischen Kreisen befaßt, erklärte er, daß die Initiative dazu nicht von der Regierung, sondern von der Regierungspartei im Sejm ausgehen werde. Die Arbeiten zur Vorbereitung der Verfassungsänderung seien im Gange. Er werde sich selbst aber erst nach seiner Rückkehr nach Polen darüber unterrichten. Eine Änderung der gegenwärtigen polnischen Verfassung müsse auf jeden Fall erfolgen. In welcher Weise, müsse man aber abwarten. Zum Schluß der Unterredung riefte Bartels merkwürdigerweise die Aufforderung an die polnische Bevölkerung, keine ausländischen Waren zu kaufen. Diese Aufforderung dürfe nicht ohne Bedeutung für den weiteren Verlauf der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sein.

Der Kelloggpatent und die Abrüstung

Coolidge über den Pakt und die nationale Verteidigung

London, 15. 8. Nach Meldungen aus Neu-York hielt Präsident Coolidge in einer Versammlung der amerikanischen Legion in Wausau (Wisconsin) eine Rede, in der er zu dem Kelloggpatent und der Frage der nationalen Verteidigung Stellung nahm. Durch den Kelloggpatent sei die alte Herrschaft der Macht durch die Herrschaft des Rechtes ersetzt worden, die allein auf ihrer moralischen Kraft beruhe. (Siehe Frankreich und Polen.) Durch den Kelloggpatent sei ein neuer harter Schutzwall zur Wahrung des Krieges errichtet worden. Wenn die an dem Pakt beteiligten Staaten die Bestimmungen des Abkommens richtig durchführen, (so, wenn!) so werde sich der Pakt als der größte Segen für die Menschheit erweisen. Jede Regierung, die trotz dem Kelloggpatent die nationale Verteidigung außer Acht lassen würde, werde sich die Verantwortung des eigenen Volkes und die der Welt zuschieben. (Und Deutschland!) Die Vereinigten Staaten unterstützen eine Armee und Flotte, deren Größe in Übereinstimmung stehe mit der Bevölkerungszahl und der geographischen Lage der Vereinigten Staaten, sowie mit der Verantwortung gegenüber der Welt. Coolidge sprach weiter die Überzeugung aus, daß der Weltkrieg verhindert worden wäre, wenn im Jahre 1914 ein dem Kelloggpatent ähnliches Abkommen bestanden hätte (?). Der Kelloggpatent vermindert nicht unsere Rechte und Pflichten oder die der anderen Unterzeichner, eine angemessene nationale Verteidigung gegen einen Angriff zu unterhalten, (wo bleibt Deutschlands Recht der Selbstverteidigung?) oder er verpflichtet uns, andere Staaten nicht anzugreifen in der Erwägung, daß diese übereingekommen sind, uns nicht anzugreifen und eine Besetzung aller Meinungsverschiedenheiten durch friedliche Mittel zu suchen.

Der Konflikt in der Sozialdemokratie

Einberufung des Parteiaussschusses

Berlin, 16. August.
Reichsinnenminister Severing hat eine Reihe von führenden Abgeordneten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Besprechung nach Berlin geladen, um die Haltung der sozialdemokratischen Minister bei dem Beschluß über den Panzerkreuzerbau zu revidieren. Dabei wird auch der Antrag der sächsischen Sozialdemokraten auf Einberufung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion lebhaft erörtert werden. Die Abstimmung im sozialdemokratischen Lager ist außerordentlich groß. Man erwartet, daß die Forderung ausgesprochen wird, auf die Haltung der sozialdemokratischen Minister im Kabinett in der nächsten Zeit einen stärkeren Einfluß auszuüben. Im Gegensatz zu der vorstehenden Meldung berichtet der „Vorwärts“: Der Parteivorstand und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben am Mittwoch nachmittag eine geheime Sitzung abgehalten und nach dem „Vorwärts“ folgenden Beschluß gefaßt: Die Verbände der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bedauern lebhaft, daß die sozialdemokratischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben, in der Kabinettssitzung durch Abstimmung klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie — in Übereinstimmung mit der gesamten Partei, — entschiedene Gegner des Baues des Panzerkreuzers A sind, sich vielmehr auf formalrechtliche Argumente gestützt haben. Es wurde weiter beschlossen, die Reichstagsfraktion und den Parteiaussschuß zu Sonnabend nach Berlin einzuberufen.
Berlin, 16. 8. Im „Vorwärts“ veröffentlicht

Costaricas Antwort an den Völkerbund

Genf, 15. 8. Im Völkerbundssekretariat ist die Antwort der Regierung von Costa Rica auf die Aufforderung, die Mitarbeit im Völkerbund wieder aufzunehmen, jedoch eingelaufen. In der Antwort wird erklärt, bevor die Regierung von Costa Rica zu der Aufforderung Stellung nehmen könne, wüßte sie zu wissen, wie der Völkerbund die Monroedoktrin auslegt und welche Tragweite der Doktrin eingeräumt worden sei, als sie letzterzeit in den Artikel 21 des Völkerbundsstatutes aufgenommen wurde. Die Monroedoktrin stelle bisher lediglich eine einseitige Erklärung dar. Der Hinweis im Völkerbundsstatut, die Doktrin sei eine regionale Entente, kann nicht als genügend angesehen werden. Im Hinblick darauf müsse die Regierung von Costa Rica vor der Entscheidung über ihre Rückkehr in den Völkerbund das amtliche Gesuch an diesen richten, eine genaue Auslegung über die Monroedoktrin zu geben.
Der Völkerbund steht nunmehr genau vor der gleichen Frage, die während der Versailler Friedenskonferenz eingehend erörtert, aber nicht endgültig gelöst werden konnte. Es muß sehr stark bezweifelt werden, ob der Völkerbund heute in der Lage sein wird, eine endgültige Auslegung für die Monroedoktrin zu geben, ohne sich hierbei in dem Gegensatz entweder zu der Washingtoner Regierung oder zu den latein-amerikanischen Staaten zu setzen.

Einigung im Zweibrückener Zwischenfall

Paris, 16. 8. Die Befürchtungen, die der deutsche Botschafter in Paris zur entgegengesetzten Besetzung des Zweibrückener Zwischenfalls während der letzten Tage mit dem französischen Außenministerium gehabt hat, haben zu einer für beide Seiten befriedigenden Einigung geführt. Auf Grund dieser Einigung wird die ursprünglich ausgesprochene Forderung auf Auslieferung der Beschuldigten keine Rolle mehr spielen. — Die halbamtlich gemeldete Einigung wird nach erdennenden Mitteilungen sich auch auf die Entlassung des Polizeikommissars Bauer aus dem Gefängnis erstrecken.

Rein Verzicht Frankreichs auf Rüstungen

Paris, 16. 8. (Frankfurt.) Bei einem Bankett in Lyon hielt Kriegsminister Poincaré eine Rede, in der er sich mit der Kritik eines Teiles der sozialistischen Partei auseinandersetzte, die die von ihm für die Umbildung der Armee ergriffenen Maßnahmen als unge-

Noch keine Einigkeit über das Programm der Unterzeichnungsfestlichkeiten

Paris, 16. 8. (Frankfurt.) In gut unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß das Programm für die Feierlichkeiten aus Anlaß der Unterzeichnung des Kelloggpatentes nunmehr soweit ausgearbeitet ist, daß es dem Ministerrat zur Beschlußfassung unterbreitet werden kann. Meinungsverschiedenheiten sollen noch darüber bestehen, ob die Unterzeichnung im Ehrensaal des Außenministeriums oder im Rambouillet, dem Sommerhof des Präsidenten, oder im Spiegelssaal im Verfallés stattfinden soll. Doch scheint sich Außenminister Briand für den Ehrensaal entschieden zu haben. Dagegen fehlen bis jetzt noch Anhaltspunkte dafür, ob der Unterzeichnungspakt öffentlich oder geheim vor sich gehen soll.

Kellogg besucht Irland

Paris, 16. 8. (Frankfurt.) Nach einer Meldung aus Washington wird Kellogg nach der Unterzeichnung des Paktes sich sofort nach Irland begeben, um den Besuch Cosgraves, des Präsidenten des irischen Freistaates, zu erwidern, den dieser im vorigen Jahre den Vereinigten Staaten machte. Man erwartet, daß Kellogg dann einige Tage in England verbringen wird. Obgleich keine offizielle Erklärung abgegeben wurde, glaube man in unterrichteten Kreisen, Kellogg werde seinen Londoner Aufenthalt dazu benutzen, die Frage der Befreiung der Irlandtötung zu erörtern.